

STANDPUNKT

Ungelöst

Von MICHA SCHNEIDER



Die Ruhe ist trügerisch. Auch sieben Jahre nach der Inhaftierung von PKK-Führer Öcalan und einigen Zugeständnissen ist das Problem der Kurden in der Türkei nicht gelöst. Zumindest einige terroristische Gruppierungen sind aktiv, nehmen bewusst Tote und Verletzte in Kauf, um auf sich aufmerksam zu machen. Neben den unmittelbar Betroffenen, treffen die Terroranschläge in den Touristenzentren in erster Linie die sozial Schwächsten. Sollten die Touristenströme wirklich abebben, wie es die PKK-Terroristen bezwecken, verlören Zimmermädchen, Köche und Kellner, Straßenverkäufer ihre ohnehin nicht üppigen Einnahmequellen.

Mehr Autonomie und bessere Lebensbedingungen für die in den unwirtlichsten Gegenden der Osttürkei ansässigen Kurden wird es nach den blutigen Anschlägen ohnehin nicht geben. Eher führen sie erneut zu einer ungerechten Dämonisierung einer Bevölkerungsgruppe, zu verstärkten Polizei- und Militäreinsätzen. In der Türkei, die sich auf Druck der EU schrittweise hin zu mehr Demokratie bewegt, dabei auch die Todesstrafe abschaffte, werden nun wieder im Kampf gegen den Terror die Hardliner Oberwasser bekommen.

KOMMENTAR

Kleinkariert

Von DIETER WONKA



Wenn das Militär schneller als die Politik bei der Sache ist, dann endet die „Friedens-Mission“ ganz schnell im großen Katzenjammer. In Afghanistan ist zu besichtigen, was passiert, wenn das politische (Mit-)Denken fehlt. Aus den Hände reichenden Friedensbotschaftern in Bundeswehr-Uniform sind martialische Militärs geworden, die wie Aliens durch ein feindliches Land patrouillieren. Ein Ausweg ist nicht zu sehen.

Es ist besonders mutig, wenn nach den Frustrationen einer konturschwachen militärisierten Außenpolitik in Afghanistan, im Kongo oder im Kosovo die deutsche Politik sich zu ihrem größten militärpolitischen Abenteuer einlässt – dieses Mal an den Grenzen zu Israel. Die historisch bedingte Kontamination des deutschen Einsatzes ist dabei noch das geringste Problem. Erschreckend ist die demonstrierte Handlungsunwilligkeit der Europäischen Union. Statt über politische (Friedens-)Wege zu ringen, wird national und kleinkariert über Soldaten und Führungsansprüche gerangelt.

Nur wenn es gelingt, mit internationaler Hilfe den Libanon zu einem wirklich souveränen Staat zu machen, mächtig genug, dem Treiben der Milizen Einhalt zu gebieten, entsteht ein Teilstück Frieden in Nahost. Nach Israels Räumung des Gaza ist dort mittlerweile ein neues Terroristen-Zentrum entstanden. Für Israel ist diese Entwicklung kein Anlass, endlich seinen gerechten Frieden mit den Palästinensern zu machen. Im Ergebnis ist die Lage instabiler statt sicherer geworden. Diese fatale Entwicklung zum wiederholten Mal im Libanon zu verhindern, ist auch Aufgabe der internationalen Truppen. Der risikoreiche Einsatz wird Jahre dauern und die Politik darf die Soldaten über Jahre hinweg nicht allein lassen. Kurz und gut: Es sollte vieles besser gemacht werden als bei allen bisherigen Auslandsmissionen. Deutschland und die EU müssen endlich politischen Bekennermut zeigen.

PRESSESCHAU

Zu Tiefensee schreibt der *Südkurier* (Konstanz): „CDU-General Pofalla will die Kinder von Langzeitarbeitslosen zur Hartz-Kasse kommandieren, CSU-General Söder streicht Hartz-Empfänger einen Urlaubsanspruch, und der Verkehrsminister entdeckt in der Hartz-Klientel die Eignung zum Schwarzen Scheriff. Der Sarkast könnte einwenden, dass den Hartzlern so immerhin die Fahrkarte erspart bleibt.“

Zur Bundeswehr meinen die *Kieler Nachrichten*: „Nach Afghanistan, Kosovo oder dem Kongo kommt im Libanon ein weiterer Auslandseinsatz auf die Bundeswehr zu. Schon jetzt gehören wir bei internationalen Missionen zum Spitzenfeld. Das ist gut fürs Prestige, wirkt aber irgendwie wahllos. Ein sicherheitspolitisches Konzept wird nicht recht deutlich.“

Zum gleichen Thema befindet die *Berliner Zeitung*: „Wer Kampfeinsätze gegen eine Konfliktpartei Israel um jeden Preis verhindern will, Waffengewalt gegen die andere Seite aber befürwortet, wird zum Teil des Konflikts. Von dem beschworenen Vermittlungsbeitrag Deutschlands zu einer Friedenslösung kann dann keine Rede mehr sein.“

Zur Bundesagentur notiert die *Neue Presse* (Hannover): „Peer Steinbrücks Plänen, Nürnberger Milliarden in den Bundeshaushalt umzulenken, sollte die Kanzlerin eine Absage erteilen. Es handelt sich um Gelder der Beitragszahler. Steinbrück muss seine Hausaufgaben ohne Quersubventionierung machen.“



Deutscher Beitrag zur UN-Friedenstruppe: Die israelische Außenministerin Tzipi Livni und ihr deutscher Amtskollege Frank-Walter Steinmeier während der Pressekonferenz.

Foto: rtr

„Mission wird einige Jahre dauern“

Israels Botschafter Stein über Bundeswehr im Nahen Osten und Vorbehalte in Deutschland

Berlin. Am Vorabend der Entscheidungen über die Friedenstruppe in Nahost, über deutsche Soldaten und über Aufgabengebiete der Vereinten Nationen macht Israels Botschafter in Berlin, Shimon Stein, im Interview deutlich, wie wichtig ein deutscher Beitrag bei der Umsetzung der UN-Resolution 1701 ist.

Frage: Eine deutsche Umfragemehrheit und auch FDP und Linkspartei sind strikt gegen ein militärisches Friedens-Engagement der Bundesrepublik an der israelischen Grenze. In Israel ist eine Mehrheit für ein deutsches Engagement. Überrascht Sie das?

Shimon Stein: Das wundert mich nicht. Vor zwei Jahren habe ich mit Nein auf die Frage geantwortet, ob ich mir vorstellen könnte, dass deutsche Soldaten in den Nahen Osten entsendet werden. So lange Zeitzügen und Shoa-Überlebende noch unter uns leben, dachte ich damals, wäre ein deutsches Militär-Engagement bei uns unvorstellbar. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wir müssen darüber reden. Für Deutschland ist es ein Präzedenzfall. Deshalb verstehe ich, dass die Meinungen unterschiedlich sind.

Die Diskussion ist verwirrend: Diejenigen, die Nein sagen, halten aus historischen Gründen einen Bundeswehr-Einsatz für unverantwortlich. Diejenigen, die Ja sagen, halten es für unverantwortlich, gerade aus historischen Gründen.

Israels Ministerpräsident hat den Wunsch nach einer deutschen Beteiligung an der Friedenstruppe geäußert. Das tat er stellvertretend für die Opfer. Ich habe Verständnis für die historische Dimension dieser Entscheidung. Die deutsche Regierung hat eine grundsätzliche Entscheidung getroffen über den Einsatz. Sie hat ausgeschlossen, dass deutsche Soldaten an Kampfhandlungen auf dem Boden teilnehmen. Dafür haben wir Verständnis.

Wenn Deutschland und die EU jetzt wesentlich die Israel-Libanon-Mission begleiten, ist Europa damit so lange im Krisengebiet präsent, bis der palästinensisch-israelische Konflikt gelöst ist?

Diese Mission ist zugeschnitten auf die UN-Resolution 1701 für den Liba-



Shimon Stein

INTERVIEW

non. Diese Mission wird uns einige Jahre begleiten. Das wissen alle Beteiligten. Wenn es mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft gelingt, Libanon zu einem souveränen Staat zu machen und die Miliz zu zerschlagen, dann ist das ein ganz wichtiger Beitrag zur Stabilisierung einer der israelischen Grenzen. Die Hauptgefahr für die Region liegt in einer regionalen Eskalation entlang der libanesisch-syrisch-israelischen Grenze. Es geht jetzt also nicht um die globale Krisenregulierung, sondern um einen, wenn auch sehr wichtigen, Friedensbeitrag.

Deutsche Politiker sind jetzt auf den alten Gedanken einer Nahost-Friedenskonferenz nach dem Vorbild der einstigen KSZE gekommen. Ist das mehr als nur eine Show-Debatte?

Immer wenn uns nicht Neues einfällt, kommen alte Ideen. Eine KSZE-Konferenz für den Nahen Osten ist nicht neu. Momentan sehe ich dafür keine Voraussetzung. Es hat, gerade für den Nahen Osten, schon so viele Pläne gegeben, von denen nur die we-

nigsten verwirklicht wurden. Wichtig ist, dass die Idee zu einer Nahost-Konferenz nach KSZE-Vorbild aus der Region und im Einvernehmen mit allen Beteiligten selbst kommen muss, wenn es überhaupt eine Aussicht auf Erfolg geben soll. Das darf nicht von außen aufgepfanzt werden.

Wenn Deutschland sich bei Unifil engagiert, wird es zur Partei – für Israel. So lauten Bedenken der Kritiker. Damit wäre ein Verhandlungsspielraum weg. Trifft dieses Argument?

Deutschland wie die EU insgesamt haben erkannt, dass der Nahe Osten direkter Nachbar ist. Es gibt eine wechselseitige Sicherheitsbeziehung. Also kann sich Deutschland gar nicht unbeteiligt verhalten. Als Teil der EU hat Deutschland auch zahlreiche Erklärungen abgegeben, die aus israelischer Sicht unausgewogen waren. Das war der Preis dafür, dass die EU mit einer Stimme gesprochen hat. Jetzt, bei der internationalen Truppe im israelisch-libanesischen Grenzraum, hat auch die EU die Chance, durch ein starkes Engagement eine neue ausgleichende Wirkung für die gesamte Region zu erzielen.

Interview: Dieter Wonka

Gift für schwächelnden Tourismus

Anschläge dienen türkischer Generalität als Anlass für verschärftes Vorgehen gegen kurdische Separatisten

Istanbul. Nach Außen hin bemüht sich die Türkei seit Monaten, Anschläge kurdischer Extremisten so weit wie möglich unter den Teppich zu kehren. Explosionen, Zerstörungen, Verletzte und Tote wie jetzt in Antalya, Marmaris und Istanbul sind Gift für den in diesem Jahr ohnehin schwächelnden Tourismus. Doch im Inneren gärt es.

Immer wieder erleidet die türkische Armee bei Kämpfen mit militanten Kurden und durch Explosionen von Landminen im Südosten des Landes Verluste. In anderen Landesteilen droht ständig die Gefahr terroristischer Anschläge. Die Extremistengruppe „Freiheitsfalken Kurdistans“, die als Ableger der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK gilt, bekante sich Mitte des Monats zu zwei Explosionen, bei denen mitten im touristischen Zentrum von Istanbul zwei türkische Frauen und ein Mädchen verletzt wurden.

Mögen die Sprengsätze auch klein gewesen sein, so demonstrierten die Bombenleger doch, dass auch Blaue Moschee und Hagia Sophia, die jedes Jahr von zahlreichen Touristen besucht werden, nicht vor ihnen sicher sind. Keine 24 Stunden nach der jüngsten Bombenereignisse bekannt, versuchten sich die Extremisten auch zu den Anschlägen in Istanbul und Marmaris. Zufall oder nicht: Die fünf Explosionen, bei denen gestern mehrere Menschen getötet und fast 100 verletzt wurden, ereigneten



Anschlagserie

Grafik: dpa

sich just am Tag der Amtseinführung des neuen türkischen Armeechefs Yasar Büyükanit. Mit markigen Worten hatte der General bereits kurz nach seiner Ernennung dem „separatistischen Terror“ kurdischer Extremisten den Krieg erklärt und damit eine politische Lösung des Kurdenkonflikts, der die Türkei seit mehr als zwei Jahrzehnten beschäftigt, wieder in weite Ferne gerückt.

Auch auf der politischen Bühne sind zaghafte Ansätze, den Konflikt nicht nur

mit militärischen und polizeilichen Mitteln zu lösen, wieder in den Schubladen verschwunden. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte noch vor wenigen Monaten die Möglichkeit einer demokratischen Lösung für den Fall angeklammert, dass die PKK der Gewalt endgültig abschwöre. Inzwischen ist davon unter dem Druck der öffentlichen Meinung in der Türkei nicht mehr die Rede. Der Amtsantritt des neuen Generalstabschefs Büyükanit, der Ende der 90er Jahre kommandierender General im Südosten des Landes war, markiert auf militärischer Ebene die Rückkehr von Generalen der alten Schule. Sein Vorgänger Hilmi Özkök galt vielen in der Türkei wegen seiner liberalen und demokratischen Haltung als Glücksfall. Er stärkte der Regierung in Ankara den Rücken, als diese das Schrittempo auf dem Weg in die Europäische Union erhöhte. Er ließ sie selbst gewähren, als

Nahost

Livni fordert Eingreifen der Friedenstruppe

Berlin. Militärisch und politisch will sich die Bundesrepublik in die Sicherung des Waffenstillstands im israelisch-libanesischen Grenzgebiet einmischen. Das versicherte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestern der in Berlin weilenden israelischen Außenministerin Tzipi Livni. Bundesregierung und Bundestag dürften aller Voraussicht nach bereits in der kommenden Woche über den deutschen Anteil an einer UN-Friedenstruppe zur Absicherung der UN-Resolution 1701 entscheiden. Dabei soll es nicht nur um die Entsendung von Soldaten gehen, sondern auch um ein Konzept zur praktischen Wiederaufbauhilfe für den Libanon.

Frau Livni, die in der krisengeschüttelten israelischen Regierung als starker und konservativer Machtfaktor gilt, sagte gegenüber dieser Zeitung, dass die Verantwortung für die Entwaffnung der Hisbollah „in der Verantwortung der libanesischen Regierung und der internationalen Truppen“ liege. Eine aktive und führende Rolle bei der Entwaffnung der Hisbollah lehnen die Truppensteller für die Libanon-UN-Truppe derzeit noch ab. Frau Livni setzte dieser Position Israels bisherige Erfahrungen mit der schon vorhandenen „Unifil“-Truppe entgegen: „Das bloße Beobachten und sonst nichts tun, bringt nichts.“

Erst wenn sichergestellt sei, dass die Wiederbewaffnung der Hisbollah im Libanon und die Durchsetzung des verhängten Embargos erreicht werde, machten Verhandlungen über allgemeine Friedensfortschritte Sinn. Man dürfe mit der Libanon-Frage nicht andere Problemfelder der Nahost-Krisenregion verknüpfen. Die israelische Außenministerin ließ erkennen, dass Israel nicht zögern würde, erneut militärisch im Libanon einzugreifen, sobald sich abzeichne, dass die Hisbollah wieder zu einem gefährlichen Faktor für Israel würde, der mit Raketenbeschüssen israelische Bürger bedrohen könne. Frau Livni räumte aber zugleich ein, dass Israel keinerlei Probleme hätte, einen „regulären Krieg“ gegen einen eigenständigen Nachbarstaat zu führen und zu gewinnen, wenn es für die Sicherung des Friedens nötig sei. Eine Differenzierung zwischen einer im Untergrund kämpfenden Miliz wie der Hisbollah, sowie einer kaum existierenden regulären Armee eines nicht sehr souveränen Staates lasse das Instrument der Kriegsführung aber an seine Grenzen stoßen.

Erneut wies die israelische Außenministerin darauf hin, dass die Atomwaffen-Pläne des Iran eine der größten Gefahren für die gesamte Nahost-Region seien. Das Ausland sei aufgerufen, endlich „mehr Druck“ auf die Verantwortlichen in Teheran auszuüben. „Ohne wirklichen Druck“ werde es keine sinnvollen Verhandlungen und Gespräche mit dem Iran in dieser Frage geben können. Teil der Druck-Kulisse müssten dabei mittlerweile „auch Sanktionen“ sein. Dafür sei „die Zeit jetzt gekommen“, verlangte die konservative Politikerin.

Dieter Wonka

STICHWORT

Schutztruppe Isaf

Die Internationale Afghanistan-Schutztruppe Isaf wurde im Dezember 2001 vom UN-Sicherheitsrat begründet. Sie soll nach der Vertreibung des Taliban-Regimes die Zentralregierung in der Hauptstadt Kabul unterstützen und deren Einfluss in den Provinzen stärken. Neben Kabul zählt vor allem der Norden des Landes zum Einsatzgebiet der Isaf.

Deutschland gehört seit Gründung der Truppe zu den wichtigsten Unterstützern der Isaf. Am Einsatz von etwa 8300 Soldaten aus rund 30 Nationen sind derzeit rund 2000 Bundeswehrosoldaten beteiligt. Von ihnen sind rund 250 auf einem Umschlagplatz in Termes in Südsudbektan stationiert.

Die Isaf wird seit August 2003 von der Nato geführt. Innerhalb des Bündnisses wechselt das Kommando alle sechs Monate. Seit Februar 2005 führt der türkische Generalleutnant Ethem Erdagi die Einheit.

Can Meray, dpa